

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2014 in Sachsen

Familienbund der Katholiken im Bistum Görlitz e.V. / Landesverband Sachsen

Antworten der Partei DIE LINKE.Sachsen

Familien brauchen Zeit, Geld und Verlässlichkeit!

Frage 1:

Stimmen sie dieser Aussage uneingeschränkt zu oder wie würden sie diese Feststellung modifizieren?

Antwort:

DIE LINKE würde die Aussage so modifizieren, dass die drei wesentlichen Ressourcenbereiche benannt werden, die vor allem Familien mit Kind(ern) verlässlich zur Verfügung stehen müssen. Es würde demzufolge heißen: Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Die Reihenfolge ist dabei keine Rangfolge. Hinsichtlich der drei Bereiche orientieren wir uns am Siebten Familienbericht des Bundes, der 2005 veröffentlicht wurde.

Familien brauchen Zeit!

Frage 2:

Was ist ihrer Auffassung nach unter familiengerechter Zeitpolitik zu verstehen?

Antwort:

Familiengerechte Zeitpolitik bedeutet für uns, den Zeitbedürfnissen von Familien bei der Gestaltung der Gesellschaft bewusst Rechnung zu tragen, indem die zeitlichen Rahmenbedingungen im öffentlichen Bereich zugunsten der Rhythmen und lebenslaufbezogenen Phasen von Familien verändert werden, um z. B. die Vereinbarkeit von Familienaufgaben mit außerfamiliären Tätigkeiten und Anforderungen besser zu ermöglichen und die Zeitsouveränität von Familien zu verbessern. Zeitpolitik ist ein wesentliches politisches Handlungsfeld, um die Lebensqualität zu erhöhen und die Spielräume in der Lebensführung auszubauen.

Frage 3:

Welche Vorstellungen für eine familiengerechte Zeitpolitik halten sie in der Legislaturperiode 2014 bis 2019 für umsetzbar?

Antwort:

Während der 6. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages halten wir es für erreichbar, im Freistaat Sachsen sowie den Landkreisen, Städten und Gemeinden eine weitgehende Sensibilisierung für das Thema zu erreichen. Sichtbar würde dies z. B. an Haushaltsumschichtungen dahingehend werden, dass Ausgaben in die für Familien mit Kindern so wichtige soziale Infrastruktur (z. B. Kindertagesstätten und Schulen) mit dem Ziel steigen, notwendige Wege zu verkürzen und wohnungsnah Einrichtungen zu haben. Auch zugunsten des öffentlichen Personen(nah)verkehrs muss umgeschichtet werden, um die Angebote insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern. Große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang, wesentliche Schritte bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

zu erreichen, um durch Inklusion und Barrierefreiheit die Zeitbudgets von Familien, in denen Menschen mit Behinderung leben, spürbar zu entlasten.

Es könnte zudem erreichbar sein, dass sich (manche) Landkreise und Städte der Problematik Zeitpolitik annehmen und z. B. im Rahmen der Regional- und Stadtentwicklung Vorhaben entwickeln, um sich mit den Themen „Zeiten der Stadt“ (Herausgeber Ulrich Mückenberger, Edition Temmen, Bremen, 2000) oder „Zeiten der Kommune“ befassen, um die Familienfreundlichkeit in ihrem Einflussbereich auch durch Maßnahmen in diesem Politikfeld zu erhöhen.

Es könnte erreicht werden, dass das Thema familiengerechte Zeitpolitik in maßgebenden Ressorts der Staatsregierung wahrgenommen wird, wie in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Finanzen.

Sehr schnell könnten relativ kleine Veränderungen vorgenommen werden. Wir denken hier z. B. an die Bereitstellung von Mitteln, um Zeiten der Familienerholung auch für Familien mit geringen Einkommen zu ermöglichen.

Bereits im Staatshaushalt 2015/2016 sollte deshalb vor allem auch erreicht werden, dass die Finanzierung der sächsischen Familienverbände wieder auf solide Füße gestellt wird, denn es wird eine auskömmliche und stabile Finanzierung der Geschäftsstellenarbeit benötigt, um Projekte durchzuführen, die zur Sensibilisierung von Politik, Verwaltung und Wirtschaft beitragen.

Frage 4:

Was halten sie von einer Reduzierung der (vollen) Erwerbsarbeit zugunsten von Erziehungs- und Pflegearbeit in der Familie?

Antwort:

DIE LINKE steht für die Reduzierung der (vollen) Erwerbsarbeitszeit. Kürzere Erwerbsarbeitszeiten mit steuerfinanziertem Lohnausgleich sollten gesellschaftlicher Standard für Eltern sein.

Notwendig sind darüber hinaus flankierende Maßnahmen, um Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach Kindererziehungs- oder Pflegezeiten zu sichern und den Übergang zu voller Arbeitszeit nach familienbedingter Teilzeitarbeit zu garantieren.

Wir unterstützen die Reduzierung der (vollen) Erwerbsarbeitszeit nicht nur, um mehr Zeit für Erziehungs- und Pflegearbeit zu haben. Wir sehen Arbeitszeitverkürzung auch als wichtigen Beitrag für die Gesundheit der Beschäftigten an. DIE LINKE fordert deshalb, die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit in einem ersten Schritt von 48 Stunden pro Woche auf 40 Stunden zu reduzieren. Die Arbeitszeit muss zudem mehr an den Wünschen der Beschäftigten und weniger an den Ansprüchen der Unternehmen ausgerichtet werden.

DIE LINKE steht auch in diesem Teilbereich für eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik, d. h. wir wollen eine Veränderung der gesellschaftlichen Kultur dahingehend, dass die (zeitlich) paritätische Teilhabe von Männern und Frauen an der unbezahlten Arbeit bzw. den Aufgaben in einer Familie selbstverständlich wird.

Frage 5:

Ist ihrer Meinung nach der Öffentliche Dienst, also der Freistaat Sachsen, die Landkreise sowie Städte und Gemeinden, als Arbeitgeber verpflichtet, gleichsam als Vorbild die Vereinbarkeit von Familie und beruflicher Tätigkeit zu realisieren?

Antwort:

Die Antwort lautet ausdrücklich „Ja“. Der öffentliche Dienst in seiner Rolle als Arbeitgeber ist zu besonderen Anstrengungen zur Vereinbarkeit von Familie und beruflicher Tätigkeit seiner Beschäftigten in Deutschland und Sachsen rechtlich verpflichtet. Dies ist gewöhnlich in Gesetzen geregelt, durch welche die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert werden soll. In Sachsen handelt es sich dabei konkret um das Sächsische Frauenförderungsgesetz, welches allerdings nach Auffassung der LINKEN einer grundlegenden Neufassung und Modernisierung hin zu einem Gleichstellungsfördergesetz bedarf.

Familien brauchen Geld!**Frage 6:**

Was ist ihrer Auffassung nach unter auskömmlicher Erwerbsarbeit zu verstehen?

Antwort:

DIE LINKE versteht unter auskömmlicher Erwerbsarbeit, dass eine Person durch eine Erwerbstätigkeit ein so hohes Erwerbseinkommen erzielt, dass damit Lebensunterhalt und Lebensqualität in allgemein üblicher Weise zu sichern sind. Als eine Bedingung sehen wir dabei einen Mindestlohn von 10 EUR je Stunde.

Frage 7:

Was gehört ihrer Meinung nach zum sozio-kulturellen Existenzminimum einer Familie?

Antwort:

Das sozio-kulturelle Existenzminimum einer Familie umfasst neben den Aufwendungen, die zum physischen Leben (wie Nahrung sowie Haushaltsausstattung, Kleidung, Wohnung inkl. Ausstattung, Energie und gesundheitliche Versorgung) erforderlich sind, alle Aufwendungen, die erforderlich sind, um die tatsächliche Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturell-sportlichen und politischen Leben zu sichern. Dies umfasst Aufwendungen zur Mobilität, Nachrichtenübermittlung inkl. notwendiger Geräte bis hin zum internetfähigen Computer, für Freizeit, Unterhaltung, Kultur, Sport und Bildung, zur Entwicklung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sowie für die Erholung. Selbstverständlich müssen Aufwendungen für Ersatzbeschaffungen, notwendige Neuanschaffungen sowie erforderliche Dienstleistungen ebenfalls berücksichtigt werden.

Frage 8:

Unter welchen Bedingungen und auf welche Weise ist das Existenzminimum einer Familie durch die Gesellschaft zu sichern?

Antwort:

DIE LINKE fordert einen generellen Politikwechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit, d. h. eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, mehr und gute Arbeit sowie eine auf sozialen Rechten basierende soziale Absicherung, welche in Stufen erreicht werden soll.

Dabei soll das Existenzminimum einer Familie gesichert werden, indem den erwachsenen Familienmitgliedern ein individueller Leistungsanspruch unter Beachtung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen zugesprochen wird. Hinsichtlich der Grundsicherung fordern wir die Überwindung von Hartz IV hin zu einer bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen, die über kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen. Sanktionen in der Grundsicherung müssen ausgeschlossen werden.

Bis zur Überwindung von Hartz IV fordern wir, dass in kurzer Frist die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro erhöht sowie Sanktionen und so genannte "Ein-Euro-Jobs" abgeschafft werden. Auch die Regelsätze für Kinder und Jugendliche sind deutlich anzuheben. Außerdem muss zumindest ein Inflationsausgleich bei der jährlichen Anpassung der Regelsätze sichergestellt werden und nachgewiesene Sonderbedarfe sind zu übernehmen.

DIE LINKE im Bund beabsichtigt außerdem ein Konzept einzubringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt.

Für Kinder fordert DIE LINKE eine eigenständige Kindergrundsicherung für alle Kinder (siehe Frage 9).

Frage 9:

Was ist aus ihrer Sicht erforderlich, um das Armutsrisiko von Familien mit mehreren Kindern, insbesondere von allein Erziehenden spürbar zu verringern?

Antwort:

Um das Armutsrisiko von Familien mit mehreren Kindern, insbesondere von allein Erziehenden zu verhindern, muss vor allem dafür gesorgt werden, dass Kinder kein Armutsrisiko für Familien darstellen, denn Familienarmut bedeutet vor allem auch Armut der Kinder.

DIE LINKE setzt sich deshalb ein ...

- für eine starke öffentliche Infrastruktur, die allen Kindern Förderung und Teilhabe ermöglicht.
- für eine gebührenfreie Bildung, die soziale Unterschiede ausgleicht und gleiche Chancen eröffnet.
- für eine familienfreundliche Arbeitswelt und gute Arbeitsbedingungen, die allen Eltern gesellschaftliche Teilhabe und finanzielle Sicherheit gibt, von der ihre Kinder profitieren
- für einen Ausbau des Sozialstaates, der die von Armut betroffenen nachhaltig unterstützt, ihnen neue Perspektiven aufzeigt und dem Namen Sozialstaat gerecht wird.
- für eine Kindergrundsicherung, die sich am tatsächlichen verfassungsrechtlichen Existenzminimum orientiert, das derzeit bei 536 Euro liegt

Hinsichtlich der Alleinerziehenden setzen wir uns außerdem für eine deutliche Verbesserung des Unterhaltsvorschusses ein. Hier muss die maximale Bezugsdauer von sechs Jahren gestrichen und das Höchstalter des Kindes zum Bezug auf 18 Jahre angehoben werden.

Familien brauchen Verlässlichkeit!

Frage 10:

Was verstehen sie unter guter Infrastruktur für Familien?

Antwort:

Eine gute Infrastruktur umfasst soziale und technische Einrichtungen bzw. Angebote, die für das Leben und die Entwicklung von Familien bzw. von Familienmitgliedern vorhanden sein müssen. Sie müssen gut erreichbar (z. T. wohnungsnah), verlässlich und finanziell leistbar oder sogar kostenfrei sein.

Für Familien mit Kindern sind dabei hinsichtlich der sozialen Infrastruktur u. a. von besonderer Bedeutung: Bildungseinrichtungen wie Kindertageseinrichtungen, Schulen und Bibliotheken, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Dienstleistungseinrichtungen wie familienentlastende Dienste und Pflegedienste, Einrichtungen des Gesundheitssystems wie Krankenhäuser, Rettungsdienste, Ärztehäuser, kulturelle und sportliche Einrichtungen wie Museen, Spielplätze, Schwimmbäder, Sporthallen und –plätze, sowie Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen in besonderen Lebenssituationen. Aus dem Bereich der technischen Infrastruktur sind u. E. ein gut ausgebauter öffentlicher Personen(nah)verkehr sowie ein gutes Radwegenetz besonders wichtig, aber durchaus auch die Versorgung mit Internet-Breitbandanschlüssen.

Frage 11:

Halten Sie die von Arbeitgebern häufig geforderte Flexibilität für familienrelevant?

Antwort:

Berufsbedingte Flexibilitätsanforderungen sind in hohem Maße familienrelevant, da sie in der Regel Auswirkungen auf die gesamte Familie bzw. das Leben der Familie haben. Besonders deutliche Beispiele sind häufige Auswärtstätigkeiten oder Schichtarbeit, aber auch Bereitschaftsdienste oder Flexibilitätsanforderungen aufgrund saisonal unterschiedlicher Auslastungen in Unternehmen. DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass den Anforderungen an berufliche Flexibilität zugunsten der Familie unbedingt Grenzen zu setzen sind.

Frage 12:

Die Entscheidung für ein Leben mit Kindern ist mit einer Unternehmerischen Investitionsentscheidung vergleichbar. Welche Vorstellungen haben sie zur Gewährleistung einer stabilen Familienpolitik über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinaus?

Antwort:

Als LINKE wollen wir eine Gesellschaft, in der die Entscheidung für oder gegen Kinder von einem Vergleich mit einer unternehmerischen Investitionsentscheidung so weit entfernt ist, dass er so nicht mehr angestellt wird, weil die Rahmenbedingungen vorhanden sind, um sowohl Kinder zu haben als auch sich selbst zu entwickeln. Dabei sehen wir die Politik in der Pflicht, diese Rahmenbedingungen durch entsprechende (Neu-)Verteilung und Sicherung der Ressourcen Zeit,

Geld und Infrastruktur zu schaffen. Auf die Aufzählung einzelner Maßnahmen wird an dieser Stelle aufgrund der Vielzahl verzichtet. Einige wurden in den vorhergehenden Fragen benannt. Wir benötigen aber insbesondere auch eine Veränderung des gesellschaftlichen Grundverständnisses dahingehend, dass es für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und die Entwicklung des Gemeinwesens unverzichtbar ist, sich für gleichwertige Entwicklungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe aller einzusetzen und dabei solidarisch diejenigen zu unterstützen oder zu entlasten, die es benötigen.

An diesem Maßstab gemessen, kann die derzeitige Familienpolitik nur als verfehlt eingeschätzt werden, denn die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern sind stark - insbesondere von den finanziellen - Ressourcen der Eltern abhängig. Für DIE LINKE ist das wichtigste Vorhaben für eine stabile Familienpolitik deshalb, eine gesellschaftliche Umverteilung der Ressourcen zu erreichen, die allen Kindern und Eltern gleiche Chancen gewährleistet, die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und soziale Sicherheit gibt.